

Tiroler Tageszeitung www.tt.com

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL



Keine höheren Spritsteuern
Finanz-Staatssekretär Hubert Fuchs
wirbt für die Steuerreform. **Seite 17**

ÖSV-Präsident im Gespräch
Vor den Kitzbühel-Rennen stand Peter
Schröcksnadel Rede und Antwort. **Seite 23**



Donnerstag, 24. Jänner 2019 74. Jahrgang | Nummer 24

Preis Inland € 1,90 / Ausland € 2,60

Sorge um die Pension

Innsbruck – Die Durchschnittspension in Tirol beträgt 1333,53 Euro brutto im Monat mal 14,56 Prozent der Tiroler sind unter diesem Wert. Die mageren Summen mögen Grund dafür sein, dass sich die Tiroler, wie eine *TT*-Umfrage zeigte, sehr um die Pension sorgen. Ähnlich fiel gestern eine *IMAS*-Umfrage aus: Vier von zehn Österreichern halten eine private Vorsorge für sehr wichtig. (*aheu*)

Mehr auf den Seiten 2, 3

Kommentar

Pensionskonto als Offenbarung

Von Anita Heubacher

Ein Blick auf das Pensionskonto lohnt sich. Für viele Tiroler zwar nicht monetär, aber zumindest weiß man, woran man ist. Die Tiroler sorgen sich um ihre Pension und bei einer Durchschnittspension von 1333,53 brutto im Monat, Beamte nicht mitgerechnet, durchaus zu Recht. Noch dazu, wo 56 Prozent der Tiroler nicht einmal diese Marke erreichen.

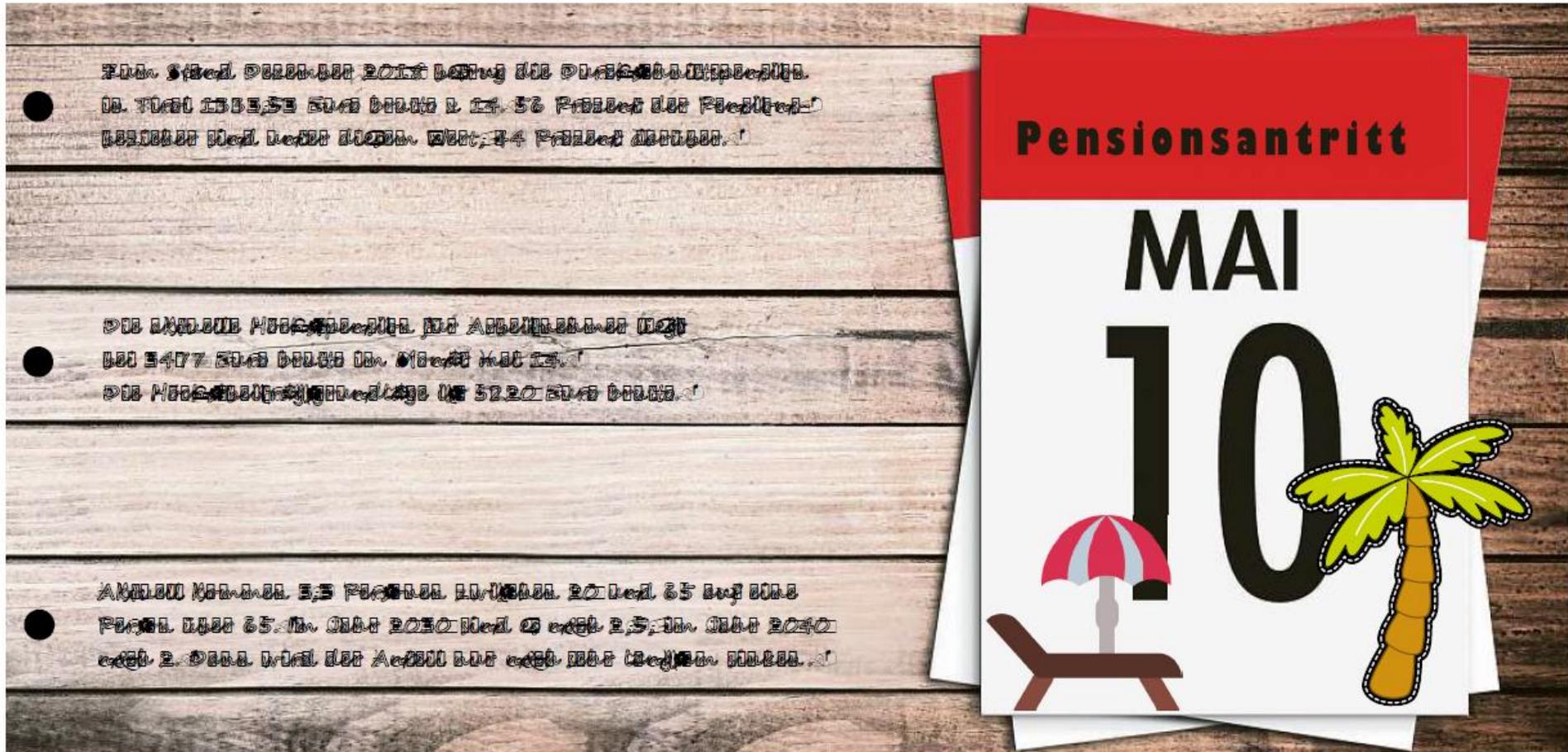
Das Pensionskonto ist das Spiegelbild unserer konservativen Gesellschaft, wo das Modell der Versorger-Ehe dem des Lebenslang-erwerbstätig-Seins gegenübergestellt wurde. Eine gewisse Glorifizierung des Ersteren schlägt sich in den Zahlen nieder. Die durchschnittliche Witwenpension ist mit 877 Euro fast gleich „hoch“ wie jene von Arbeitnehmerinnen. Die liegt bei 920 Euro brutto. Die magere Ausbeute ist die Rechnung dafür, dass 60 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten und das nicht ein, zwei oder drei Jahre, sondern sehr viel länger. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist im EU-Vergleich hoch, die Pensionslücke rekordverdächtig. Sie liegt bei Arbeitnehmern bei 51 Prozent.

Österreich ist ein Sozialstaat. Auch das lässt sich anhand der Pensionen ablesen. Um die Pensionen der jetzigen Pensionisten finanzieren zu können, geben wir ein Viertel unseres Bundesbudgets aus. Das wiederum entspricht dem Wunsch nach einem Rundum-sorglos-Paket. Der Staat wird es richten. Dementsprechend schwach ausgeprägt sind die zweite und dritte Säule:

Die betriebliche und die private Pensionsvorsorge gehören realistischerweise forciert.



anita.heubacher@tt.com



Für die Babyboomer und damit für besonders viele steht der Pensionsantritt knapp bevor. Vor allem junge Menschen fürchten hingegen, dass am Tag X für sie keine Pension mehr herauschauen wird.

Foto: iStock

Warten auf die Pension: Lohnt's sich?

Die Tiroler machen sich Sorgen um ihre Pension. Das hat die TT-Umfrage zum Jahreswechsel gezeigt. Wir haben zwei Pensionsexperten gefragt, wie sicher unsere Pensionen sind, wer verliert und wer gewinnt.

Die Tiroler sorgen sich um ihre Pension. Können sich Beitragszahler darauf verlassen, dass sie das, was sie eingezahlt haben, als Pension bekommen?

Wolfgang Nagl: Jeder kann auf seinem Pensionskonto nachschauen, wie hoch der Anspruch ist. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Rechtslage nicht ändert, dann sind diese Beträge schon transparent und sicher. Die Pensionen werden auch jedes Jahr valorisiert. Die Frage ist lediglich, ob man sich tatsächlich nur auf die gesetzliche Pension verlassen will.

Sie spielen auf die Lücke zwischen Letzteinkommen und Pension an. Was würden Sie raten?

Nagl: Das ist eine individuelle Entscheidung. Faktum ist, dass die Betriebspensionen als zweite Säule in anderen EU-Ländern weitaus stärker ausgebaut sind als in Österreich. Privat vorzusorgen ist daher nötiger, wenn man die Lücke klein halten will.

Als Beitragszahler könnte man sich denken: Alles nicht so schlimm, am Ende

Zur Person

schießt der Staat halt zu. Ein Trugschluss?

Nagl: Bei den Pensionen gibt es ein Finanzierungsproblem. Im aktuellen Budget sind mit die größten Posten die Zuschüsse für die Pensionsversicherung mit 10,6 Milliarden Euro und dann noch die Ausgaben für die Beamtenpensionen mit 9,5 Milliarden Euro. Das sind zusammen etwa 20 Milliarden und ist ein Viertel des Bundesbudgets. Das ist deutlich mehr, als für Bildung ausgegeben wird. Jetzt kann man sagen, das ist legitim, der Staat soll zu den Pensionen zuschießen. Aber was der Staat ausgibt, muss er auch einnehmen, und das holt er sich bei den Steuerzahlern.

Der jetzige Steuerzahler zahlt für die jetzigen Pensionisten. Wie sollen denn immer weniger Kinder für immer mehr Pensionisten zahlen?

Nagl: Die Geburtenrate ist in Österreich niedrig, aber relativ konstant. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass die Babyboomer jetzt langsam in Pension gehen. Im Jahr 2040 werden die Ausgaben für Pensionen ihren Höhepunkt erreichen und etwa 15 Prozent der österreichi-

tenpensionen. Reichen die Änderungen?

Nagl: Generell wäre ein einheitliches System wünschenswert. Jeder Euro, den man einzahlt, sollte die gleiche Leistung erbringen. Das ist nicht so, wäre aber fair und gehört, je eher desto besser, angeglichen. Realistisch ist das nicht, ich weiß. Aber wünschen kann man es sich ja.

Sie glauben nicht, dass die neue, türkis-blaue Regierung das ändert?

Nagl: Wie man sieht, macht sie im Pensionsbereich nichts. Das ist schade, denn der Handlungsbedarf ist groß. Es braucht Vorschläge, um die Umverteilung von Jung zu Alt abzumildern.

Wie geht es Ihnen dabei, wenn die Regierung Pensionserhöhungen verkündet?

Nagl: Es wird immer darauf geachtet, dass die niedrigen Pensionen am besten wertangepasst werden. Das war auch bei den Vorgängerregierungen so. Wenn ich eine niedrige Pension habe, bekomme ich für jeden Beitragseuro mehr raus als ein Besserver-



Kann sich ein Beitragszahler, der heute Mitte vierzig und jünger ist, darauf verlassen, dass er die Summe, die er eingezahlt hat, als Pension bekommen wird?

Bernd Marin: Theoretisch ja, praktisch hängt es von der Stellung in der Einkommenspyramide ab. Gesetzlich sind alle Pensionen gleich mit dem Verbraucherpreisindex wertgesichert. Faktisch schneiden aber die unteren Renten weit besser ab als die mittleren und höheren.

Wie kommt das zustande?

Marin: Im letzten Jahrzehnt war die Inflation 16 Prozent, mittlere Pensionen wurden um 16 Prozent erhöht, untere sogar um 24 Prozent, das obere Drittel aber nur um acht Prozent. Gutverdienende bekamen also nur die halbe Teuerung abgegolten, Mindestpensionen die dreifache Valorisierung.

Das heißt, als Gutverdienender bekomme ich weniger heraus, als ich einzahle?

Marin: Nein, auch deren Pension ist noch weit über den Einzahlungen. Aber andererseits ja: Wir haben bei der

Letztbezug kriegen, sondern vom durchschnittlichen beitragspflichtigen Erwerbseinkommen. Leute, die gut verdienen, haben eine steile Lebensinkommenskurve: Sie verdienen am Berufsende ein Mehrfaches als zu Beginn. Dadurch und durch die schlechtere Indexierung kann ihre Pensionslücke größer sein als die Pension selbst. Sie sind praktisch gezwungen, privat vorzusorgen, um nicht im Lebensstandard abzustürzen.

Was tröstlich ist, ist, dass wir aufgrund der langen Lebenserwartung die Chance haben, lange Pension zu beziehen.

Marin: Na ja, ist es tröstlich, sehr lange zu wenig Pension zu kriegen statt etwas kürzer viel mehr? Oder auch viel mehr zu bekommen, als wir derzeit eingezahlt haben, auf Kosten der Kinder und Enkel? Wir zahlen bei rund 1,5 Millionen Menschen über 65 mehr als 2,6 Millionen Pensionen aus. Das hängt unseren Nachkommen wie ein Mühlstein um den Hals und sprengt das System.

Was ist die höchste Pension, die ein Arbeitnehmer maximal erreichen kann?

höher bemessen. Die Angleichung dauert viel zu lang: Bis 2028, in Wien sogar bis 2042, werden die Leistungen für Beamte bei gleichen Beiträgen besser sein als für den Rest von uns.

Lange sind auch die Übergangsfristen für die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters.

Marin: 15 Jahre hätten gereicht, doch Österreich hat, weltweit einzigartig, 40 Jahre Übergang weg von der EU-Gesetzwidrigkeit beschlossen. Bei stark steigender Langlebigkeit ein kollektives Harakiri.

Wir haben eine Regierung, die als reformwillig gilt. Wird sie das Pensionsantrittsalter aufgrund der höheren Lebenserwartung anheben?

Marin: Bundeskanzler und Finanzminister haben bereits abgewunken. Diese Regierung will sich bei Pensionen noch mehr „durchschummeln“ als bisherige, bei objektiv höherem Reformdruck.

Das Gespräch führte Anita Heubacher

Zur Person



Wolfgang Nagl ist Experte für Fragen zum Pensionssystem, Bildung und Arbeitsmarkt bei der Agenda Austria. Davor war er am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Die Agenda Austria ist eine 2013 als Verein gegründete wirtschaftsliberale Denkfabrik, Finanziers sind Unternehmen.

chischen Wirtschaftsleistung ausmachen.

Wie zufrieden sind Sie mit den Pensionsreformen, die gemacht wurden? Federn die die Risiken, die Sie aufgezählt haben, ab?

Nagl: 2001 hat die Regierung beschlossen, dass nicht mehr auf die besten 15 Jahre zurückgegriffen wird, sondern sukzessive auf das gesamte Erwerbsleben. Das hat Druck herausgenommen, weil dadurch die Pensionen niedriger werden. Das wird aber nicht reichen, allein schon wegen der demografischen Entwicklung.

Besonders hoch ist der Zuschuss zu den Beam-

diener. Das Alterseinkommen durch eine private oder betriebliche Pensionsvorsorge zusätzlich abzusichern, ist wünschenswert. Anders als bei der gesetzlichen Pension, wo ich Ansprüche erwerbe und hoffe, dass sie dann ausbezahlt werden, werden bei der privaten Vorsorge tatsächlich Euros auf ein Konto eingezahlt.

Müsste die Politik da mehr Anreize schaffen?

Nagl: Ein gemischtes System mit mehreren Säulen halte ich für empfehlenswert. Das machen viele Länder so.

**Das Gespräch führte
Anita Heubacher**

Valorisierung über ein Vierteljahrhundert lang einen Trend weg vom Beitrags- und Versicherungsprinzip hin zu bloßer Grundsicherung. Ausgleichszulagenbezieher haben genug Sorgen, doch am wenigsten um die Pension, Arme werden immer überdurchschnittlich kompensiert.

Die anderen haben große Defizite in der Pension zu verkraften?

Marin: Ja. Die Pensionslücke, also die Kluft zwischen der Rente und dem letzten Aktiveinkommen, wird größer. Sie entsteht ja auch dadurch, dass wir im Ruhestand nicht 80 Prozent vom

Marin: Über 2600 Euro netto im Monat 14-mal jährlich.

Wie viel Prozent der Arbeitnehmer erreichen das?

Marin: Das schaffen die allerwenigsten, es waren schon unter ein Prozent.

Die niedrigen Pensionen liegen auch daran, dass es eine Höchstbemessungsgrundlage für Arbeitnehmer gibt. Für Beamte gilt die nicht. Ist der Unterschied zwischen ASVG- und Beamtenpension dadurch gerechtfertigt?

Marin: Teils ja, denn Beamte haben im Schnitt höhere Bildung und zahlen mehr ein. Teils nein, denn dieselben Beiträge werden auch unfair



Bernd Marin ist österreichischer Sozialwissenschaftler und Pensionsexperte. Marin ist Autor von über 150 Publikationen in zahlreichen Sprachen und über zwanzig Buchveröffentlichungen. Heute leitet er das Europäische Büro für Politikberatung und Sozialforschung in Wien.